

Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg: Politische Partizipation

In dem vorliegenden Zitat deutet Pastor Wilms darauf hin, dass Geflüchtete oft in eine Position als politische Aktivisten gedrängt werden, ohne dies überhaupt sein zu wollen. Ich denke, dass diese Aussage in vielen Fällen zutreffend ist. Wenn man sich die aktuelle politische Lage in Deutschland ansieht, besonders im Hinblick auf den vor Kurzem bestrittenen Wahlkampf, wird schnell das politische Gewicht der Flüchtlingspolitik in Deutschland bewusst. Merkels Flüchtlingspolitik und die Reaktionen der einzelnen Parteien auf ihr Handeln haben einen großen Einfluss auf den Ausgang der Wahl genommen. Die Flüchtlingsdebatte ist aus unseren täglichen Nachrichten nicht mehr wegzudenken. Ich denke, dass besonders die Größe und Relevanz der Flüchtlingspolitik dafür sorgt, dass Geflüchtete automatisch als politische Aktivisten angesehen werden. Sie sorgen in Deutschland für jede Menge Uneinigkeiten und Diskussionen und scheinen bereits durch ihr Dasein in Deutschland eine politische Position zu beziehen, ohne dies jedoch als eine solche anzusehen.

Das Problem der Flüchtlingspolitik ist meiner Meinung nach, dass sie über Geflüchtete redet, nicht jedoch aber mit ihnen. Dies wird auch durch das Zitat von Herrn Wilms deutlich. Man denke sich den Geflüchteten als politische Person, und das wolle er doch gar nicht sein. Ich denke, dass diese Aussage zutrifft. Ein Mensch, der eventuell vor Krieg und Gewalt geflohen ist und seine Familie und sein Zuhause hinter sich lassen musste, wird doch wohl in den seltensten Fällen bestrebt sein, hier erneut in eine politische Misere zu gelangen. Die größte Gefahr dieser Instrumentalisierung Geflüchteter besteht meiner Meinung nach darin, dass sie zu vermehrter Ablehnung der Betroffenen hier im Land führt. Pastor Wilms hat darauf hingewiesen, dass niemand die Lampedusa-Flüchtlinge gefragt hat, ob sie mit den damaligen Demonstrationen in ihrem Namen einverstanden waren. Doch in der Stadt Hamburg haben eben diese Demonstrationen für große Unruhen gesorgt und die Meinungen der Bürger in Hamburg über die Geflüchteten beeinflusst. Natürlich brachte man die Lampedusaflüchtlinge mit diesen Unruhen in Verbindung, obwohl sie, laut Herrn Wilms, an den Demonstrationen kaum beteiligt waren. Durch den negativen Eindruck, den solche Demonstrationen in der Stadt hinterlassen, wächst die Ablehnung gegenüber den Geflüchteten, die sich in den meisten Fällen jedoch bloß wünschen, endlich zur Ruhe kommen zu können.

Ich habe mit mehreren Geflüchteten über die politische Situation in Hamburg geredet, da es meiner Meinung nach viel zu beanstanden gibt, doch es wurden keine Beschwerden von Seiten der Geflüchteten deutlich. Sie sagten mir, sie seien zufrieden und glücklich hier sein zu können. Ich denke, dass durch die Instrumentalisierung der Geflüchteten als politische Aktivisten ihr Stand in der Gesellschaft erschwert wird. Würde man die Flüchtlingsdebatte weniger großmachen, so würde die Einführung der Geflüchteten in die Gesellschaft weitaus einfacher und die deutsche Gesellschaft

würde sich nicht so klar für oder gegen die Geflüchteten positionieren. Durch die Politisierung der Geflüchteten folgt eine Überbewertung und beginnt man, Geflüchtete mit Randalen und Unruhen in Verbindung zu bringen. Auch beim G20-Gipfel in Hamburg nahmen viele der Demonstrationen die Rechte der Geflüchteten zum Anlass, gegen die Weltpolitik zu marschieren (z.B. <https://www.g20hamburg.org/de/content/hamburg-demonstration-we-are-here>). Meiner Meinung nach ist es gut und notwendig, für die Rechte von Geflüchteten zu kämpfen und sich für eine Verbesserung ihrer Situation einzusetzen, doch birgt dies auch Gefahren einer gegenteiligen Reaktion. Wenn man sich die Reaktionen auf und um die Demonstrationen zum G20-Gipfel in der Presse ansieht, wird wohl schnell deutlich, dass diese Demonstrationen wenig zur Verbesserung der Situation und des Standes der Geflüchteten in Deutschland beigetragen haben. Ich denke, dass durch solche Aktionen auch das Bild einer vermeintlichen potentiellen Gefahr im Volksmund geschürt werden kann, die von den Geflüchteten auszugehen scheint, dass sie scheinbar doch Ursache und Grund für Unruhen und Gewaltakte in Deutschland sind. Von den Geflüchteten, mit denen ich vor dem G20-Gipfel gesprochen habe, hat sich keiner an diesen Tagen auf die Straße gewagt, da sie Angst hatten, durch eine Verbindung mit den Demonstrationen ihr Bleiberecht in Deutschland zu gefährden, und doch scheinen sie für viele Menschen Grund für die Ausschreitungen in ihrem Namen zu sein.

Dieser Text wurde als Antwort auf die folgende Frage verfasst:

Pastor Wilm hat in seinem Vortrag einen Eindruck von dem großen Engagement der St. Pauli-Gemeinde für Geflüchtete aus Lampedusa gegeben. Er warnte mitunter davor, Geflüchtete per se als politische Aktivist/innen zu sehen: „Ehrenamtliche träumen sich den Flüchtling ggf. auch als politischen Menschen zurecht. Und der will das unter Umständen gar nicht sein, sondern was ganz anderes.“

Wie schätzen Sie die Gefahr einer Instrumentalisierung der Geflüchteten für politische Ziele ein – z.B. aber nicht nur mit Blick auf den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg? Wie lässt sich dem entgegenwirken?